



PROTOKOLL

Ausschuss für Bildung

28. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, am 29. Februar 2024

Öffentlich, 14.01 bis 15.47 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
<p>1. a) Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung des Startchancen-Programms für die Jahre 2024 bis 2034 sowie Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104c des Grundgesetzes zur Umsetzung der Säule I des Startchancen-Programms (Investitionsprogramm Startchancen) Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung Ministerium für Bildung – Vorlage 18/5405 – [Link zum Vorgang]</p>	Kenntnisnahme (S. 4 – 9)
<p>b) Startchancen-Programm Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Bildung – Vorlage 18/5307 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 4 – 9)
<p>c) Startchancen-Programm Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/5311 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 4 – 9)
<p>d) Startchancen-Programm des Bundes und der Länder Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – Vorlage 18/5332 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 4 – 9)
<p>2. Lehrerin aus dem Westerwald wegen §184b StGB nun doch vor Gericht Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/5312 – [Link zum Vorgang]</p>	Erledigt (S. 3)

Tagesordnung	Ergebnis
3. Zweite Runde der Initiative "Schule der Zukunft" Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/5207 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 10 – 11)
4. Leistung macht Schule Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/5220 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 12 – 14)
5. Bilanz der Kita-Fachkräftekampagne Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – Vorlage 18/5284 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 15 – 18)
6. BNE: Arbeitsmaterialien für Kitas Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/5303 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 19 – 22)
7. Digitale Formate in der Berufs- und Studienorientierung Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FREIEN WÄHLER – Vorlage 18/5347 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 23 – 24)
8. Überarbeitete Kita-Fachkräftevereinbarung Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 18/5348 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 3)
9. Verschiedenes	(S. 25)

Vors. Abg. Susanne Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt ...

Vor Eintritt in die Beratungen:

Punkte 2 und 8 der Tagesordnung:

2. Lehrerin aus dem Westerwald wegen §184b StGB nun doch vor Gericht

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/5312](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

8. Überarbeitete Kita-Fachkräftevereinbarung

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Vorlage 18/5348](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Die Anträge sind erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung des Startchancen-Programms für die Jahre 2024 bis 2034 sowie Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104c des Grundgesetzes zur Umsetzung der Säule I des Startchancen-Programms (Investitionsprogramm Startchancen)

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/5405](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

b) Startchancen-Programm

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT
Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/5307](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

c) Startchancen-Programm

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/5311](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

d) Startchancen-Programm des Bundes und der Länder

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/5332](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Staatssekretärin Bettin Brück bedankt sich für die kurzfristige Aufnahme der Unterrichtung auf die Tagesordnung und verweist auf die ausführliche Diskussion über diese Thematik in der letzten Plenarsitzung.

In der Sitzung des Bildungsausschusses am 24. November 2023 seien die Eckpunkte zum Startchancen-Programm vorgestellt worden. Anfang Februar hätten die Kultusministerkonferenz und das Bundesbildungsministerium die Bund-Länder-Vereinbarung und die Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Säule I beschlossen. Daher werde sie sich auf das Wesentliche beschränken. Angeboten werde, über die weiteren Entwicklungsschritte des Startchancen-Programms im Bildungsausschuss zu berichten.

Es handele sich um das größte gemeinsame Vorhaben zwischen Bund und Ländern, in zehn Jahren 20 Milliarden Euro in die Bildungsinfrastruktur zu investieren. Das Vorhaben werde unter Beweis stellen, der Föderalismus funktioniere, Bund und Länder zögen im Sinne der Kinder und Jugendlichen an einem Strang.

Hervorzuheben sei bei diesem Vorhaben die Abkehr vom Königsteiner Schlüssel. Zum ersten Mal würden Bundesmittel nicht über diesen verteilt, sondern bedarfsorientiert analog der Programmstruktur. Die Anwendung von Sozialkriterien anstelle des Königsteiner Schlüssels stelle einen Paradigmenwechsel dar. Das betreffe die erste Säule, die Finanzhilfen des Bundes nach Art. 140 c Grundgesetz. Die beiden weiteren Säulen würden über Umsatzsteuerpunkte finanziert.

Das Programm finde über das Bildungsministerium hinaus viel Zustimmung, bei der Wissenschaft und den anderen Partnern. Rheinland-Pfalz habe neben Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu den Verhandlungsländern gehört; vieles habe man mitgestalten können.

Bestätigung finde das Ziel, Herkunft und Bildungserfolg voneinander zu entkoppeln. Das gehöre seit vielen Jahren zu den Schwerpunkten der Arbeit der Landesregierung. Das spiegele sich in diesem Programm wieder. Kenntnis bestehe über die hierzu im Land bereits initiierten Maßnahmen, unter anderem „S⁴ Schule stärken, starke Schule!“, Familiengrundschulzentren und die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“. Ansätze dieser Maßnahmen enthalte das Startchancen-Programm in unterschiedlicher Ausprägung.

Angestrebt werde die Stärkung der Schule, und zwar nicht nur mit den im Land initiierten Maßnahmen, zum Beispiel mit dem Neun-Punkte-Plan oder die multiprofessionellen Teams, sondern darüber hinaus wolle man Weiteres wissenschaftlich evaluiert auf den Weg bringen. Das Bund-Länder-Programm bestätige die in diesem Bereich durchgeführten Aktivitäten.

Das Programm solle die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen stärken, da sich die Schülerklientel heterogener darstelle. Das Programm komme einer größeren Zahl an Schülerinnen und Schüler zugute. In der Vergangenheit sei nicht alles besser gewesen, jedoch einiges anders bzw. es habe andere Herausforderungen gegeben. Auf diese neuen Herausforderungen müsse man sich einstellen und Schüler zielgerichtet und mit individuellen Maßnahmen fördern.

Das Startchancen-Programm werde gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung so ausgestaltet, dass die im Land bestehenden Programme anschlussfähig seien. Das Bund-Länder-Programm beinhalte die Möglichkeit, zusätzliche Mittel für Schulen, die sich in herausfordernden Lagen befänden, zur Verfügung zu stellen. Mittel sollten nicht ersetzt werden. Die Bund-Länder-Vereinbarung beantworte die im Rahmen der Plenardebatte gestellten Fragen. Zusätzliche Programme wolle man initiieren.

49,4 Millionen Euro erhalte man jährlich aus den Bundesmitteln. Der Landesanteil in gleicher Höhe kommen hinzu. Der Landesanteil könne aus anrechenbaren Leistungen bestehen, also Programme betreffend, die bereits auf die Schülerklientel an den dann ausgewählten Schulen ausgerichtet seien. Darüber hinaus könne es neue Priorisierungen von Maßnahmen oder zusätzliche geben.

4 % der Umsatzsteuerpunkte, die aus dem Programm zur Verfügung stünden, könnten zur Steuerung des Systems entsprechend der Regelung im Bund-Länder-Programm verwendet werden. Der Bund werde aus dem Bereich Finanzhilfe Mittel verwenden können, um die wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und die Messung der Ergebnisse zu steuern. Zu Beginn des Programms, vermutlich nicht

genau zu Schuljahresbeginn, da dies erst beauftragt und konzipiert werden müsse, gebe es eine Nullpunktmessung. Die wissenschaftliche Evaluation werde programmbegleitend gestaltet.

Von den 4.000 Schulen bundesweit werde Rheinland-Pfalz mit 200 Schulen profitieren. Davon seien gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung 60 % Grundschulen, 120 Schulen, die restlichen setzten sich aus weiterführenden Schulen und berufsbildenden Schulen zusammen. Derzeit erarbeite man die dazugehörigen Kriterien. Die Bund-Länder-Initiative gebe die Kriterien Armutsgefährdung und Migrationshintergrund vor. In Rheinland-Pfalz ziehe man die zugrunde gelegten Sozialkriterien analog ähnlicher Programme in der Vergangenheit zurate. Die Teilnahme an der Lernmittelfreiheit spiele eine Rolle, damit sei es unter anderem möglich, zielgenau die Schulen zu identifizieren, in denen die Schülerklientel verortet sei, für die man das Programm ausgelegt habe.

Nach der Klärung der Kriterien folge die Auswahl der Schulen und anschließend gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung die Erarbeitung eines Einverständnisses im gemeinsamen Lenkungskreis aus Bund und Ländern zur Einhaltung aller Kriterien. Danach könne man beginnen.

Zum 1. Juni 2024 erfolge vereinbarungsgemäß die Meldung der 200 Schulen an den Bund. Trotz der Möglichkeit, in zwei Tranchen zu starten, habe man sich dafür entschieden, nur eine vorzusehen, damit alle von der zehnjährigen Laufzeit partizipieren könnten. Darüber hinaus erscheine es für den Bereich Steuerung einfacher, so zu verfahren. Davon ausgegangen werde, andere Bundesländer mit anderen Größenordnungen von betroffenen Schulen agierten anders. Zum Schuljahresbeginn erfolge der Start.

Bedankt werde sich bei allen an diesem Programm Mitarbeitenden, insbesondere an den Schulen. Darüber hinaus werde sich bei der ADD, der Schulaufsicht und insbesondere bei Katja Zimmermann aus dem Ministerium bedankt, die in der Fach-AG bei der Erarbeitung des Programms mitgewirkt habe und Spezialistin für das Startchancen-Programm sei.

Zwischen Bund und Ländern gebe es einen vielfältigen Austausch, um unter Beachtung der Besonderheiten der Länder eine möglichst zeitgleiche Umsetzung zu ermöglichen, voneinander zu profitieren und die Vernetzung auszubauen.

Durch ein länderübergreifendes Programm aus dem Digitalpakt stehe die Transferplattform SODIX-MUNDO im Rahme des Programms bereit, um Unterrichtsmaterialien untereinander auszutauschen und von den einzelnen Initiativen und Maßnahmen der Länder zu partizipieren. Man arbeite eng zusammen.

Die Vorbereitung stelle einen großen Kraftakt dar, der bis zum Schuljahresbeginn bewältigt werden müsse. Alle arbeitenden engagiert daran; denn die große Chance, die mit diesem Programm für die Schülerinnen und Schüler einhege, wolle man im Land nutzen.

Vors. Abg. Susanne Müller schließt sich im Namen des Ausschusses dem Dank für die geleistete Arbeit an.

Abg. Joachim Paul sieht es grundsätzlich als gut an, Geld für den Bildungsbereich bereitzustellen. Begründbare Zweifel an der Art und Weise seien genannt worden. Ein Bildungsexperte habe gesagt, dass es zwar nicht schade, aber auch nicht helfe, diese Mittel so einzusetzen. Diese Aussage solle man berücksichtigen.

Die Verwendung von Steuergeldern müsse gut begründet werden. Schulcafés, andere Klassenräume und architektonische Umgestaltungen für etwas mehr Freundlichkeiten könnten den Unterricht positiv beeinflussen. Wichtig sei jedoch die geistige Struktur, die Gestaltung des Unterrichts, Differenzierung nach Leistung, Eignung und Befähigung usw. Diese Aspekte fänden nicht ausreichend Berücksichtigung.

Es entstehe der Eindruck, mit etwas verbesserter Architektur wolle man die Bildungserfolge steigern. Bei den vorhandenen Defiziten und der Geschichte der Bildungsprobleme bleibe er skeptisch.

In der Vorlage 18/5405 habe Staatssekretärin Brück bezüglich der Einführung des Startchancen-Programms – Seite 3 – unter Säule III „Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams“ ausgeführt, diese sollten „Hilfestellung bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen geben“. Gebeten werde um konkretere Informationen.

Abg. Helge Schwab geht auf die Maßnahmen „S⁴“, „Schule macht stark!“ und ähnliche ein, die angerechnet werden könnten. Wenn er es richtig verstanden habe, plane die Landesregierung in Rheinland-Pfalz nicht, irgendwelche Mittel anzurechnen, sondern die Mittel für das neue Startchancen-Programm aufzuwenden.

Staatssekretärin Bettina Brück geht davon aus, Abgeordneter Paul habe Prof. Köller zitieren wollen, der das Programm „S⁴“ evaluiere. Nicht beabsichtigt sei, Mittel nur im Bereich Schulbau zu investieren. Mit der Säule I, Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung betreffend, könne ein Makerspace an einer Schule initiiert oder die Schulbibliothek zeitgemäß eingerichtet werden, damit Schülerinnen und Schüler Interesse am Lesen entwickelten. Die Möglichkeit, etwas ausprobieren zu können, rege junge Menschen auf vielfältige Weise zum Lernen an.

Professor Köller habe zu den vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gehört, deren Expertisen man bei dem Programm eingebunden habe.

Die Säule III, die Stärkung der multiprofessionellen Teams betreffend, enthalte eine Zusammenfassung von Möglichkeiten, wie man diese Teams einsetzen könne, z. B. die Beratung und Unterstützung von Schülerinnen und Schüler sowie Eltern oder die Förderung einer positiven Schulstruktur.

Kenntnis bestehe, viele Familien hätten mit Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Leistungen zu kämpfen, sodass man bei der Antragstellung unterstützen müsse. Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter agierten beispielsweise in diesem Feld und berieten teilweise dabei, um die einer Familie zustehenden Leistungen zu beantragen. Genannt habe sie Beispiele für mögliche Arbeitsbereiche der multiprofessionellen Teams. Es könnten auch die Stärkung der Gesundheit oder Beratungsangebote genannt werden.

Aus den zwei Finanzierungsströmen für die dritte Säule erhalte man über zehn Jahre rund 49,4 Millionen Euro Bundesmittel, die komplett in die Bildungsinfrastruktur, in zusätzliche Maßnahmen bzw. Ausweitung bestehender investiert würden. Ein Ersatz für Landesmittel bei bestehenden Maßnahmen erfolge damit nicht. Hinzu komme in gleicher Höhe der Landesanteil. Diese Regelung bedeute einen großen Kraftakt für die Länder, anders als bei dem digital pakt. Dort habe es ein Finanzierungsverhältnis von 90 zu 10 gegeben. Bei dem Eigenanteil von 50 % bestehe die Möglichkeit der Anrechnung von bestehenden Maßnahmen, die in den an dem Programm teilnehmenden Schulen bereits existierten, beispielsweise Schulsozialarbeit, Schulgesundheitsfachkraft, FamoS (Familienorientierte Sprachförderung), Sprachförderungsprogramme für Kinder mit Migrationshintergrund oder anderen.

Angebote im Rahmen der Programmsteuerung, beispielsweise zusätzliche Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Schulleitungen, Maßnahmen zur Umsetzung des Chancenbudgets, zum Einsatz der multiprofessionellen Teams usw. könnten angerechnet werden. Wenn nicht ausreichend anrechenbare Maßnahmen zur Verfügung stünden, müsse über eine Neupriorisierung von Maßnahmen nachgedacht werden. Sie gehe davon aus, viele der bestehenden Maßnahmen im Land könnten angerechnet werden, weil bereits sehr viele initiiert worden seien, Gesundheitsfachkräfte, Schulsozialarbeit an Schulen in herausfordernder Lage, FamoS, Initiativen im Rahmen von SchuMaS (Schule macht stark) und S⁴ (Schule stärken - Starke Schule!).

Abg. Joachim Paul hebt hervor, die multiprofessionellen Teams dienten auch dazu, beim Ausfüllen von Anträgen auf Sozialleistungen zu unterstützen, möglicherweise mit sprachlicher Unterstützung. Man könne vermuten, die Kinder brächten die Anträge und Formulare der Eltern und eventuell der Großeltern mit zur Schule, um diese mit den multiprofessionellen Teams auszufüllen. Auch wenn seine Aussagen Kopfschütteln hervorrufen könne, müsse er entgegenhalten, dass seine Wähler diese Fragen interessierten.

Abg. Helge Schwab fragt, ob Rheinland-Pfalz eine Anrechnung vornehme bzw. ob neue Mittel zur Verfügung gestellt würden; denn es gebe die Aussage, Rheinland-Pfalz investiere jährlich 100 Millionen Euro, jeweils zur Hälfte vom Bund und Land kommend.

Die Aussage der Staatssekretärin habe er dahingehend verstanden, das Ministerium rechne die bisherigen Maßnahmen mit an und stelle möglichst keine neuen Mittel bereit. Nach seiner Auffassung werde damit die große Chance verpasst, gemäß der Aussage von Saskia Esken, die er zitiere, dass mindestens die Hälfte der Schulen unterstützt werden müsse, in Rheinland-Pfalz also 550 mehr. Diese Chance werde vertan, wenn die bereits investierten Mittel angerechnet würden.

Staatssekretärin Bettina Brück erläutert, für die Länder gestalte es sich schwierig, sich über zehn Jahre in der Größenordnung zu binden. Das gelte auch für die Kofinanzierung in Höhe von 50 %. Daher sei das Programm entsprechend angelegt.

Es werde kein Geld ersetzt, sondern es bestehe die Möglichkeit, die eigenen Programme auszuweiten, aufzustocken oder weiterzuentwickeln. Zusätzliche Mittel müssten im Haushaltsverfahren beschlossen werden.

Den Programmanlauf und damit einhergehende Erfahrungen müsse man abwarten. Im Vergleich zu anderen Programmen werde bei diesem eine große Zahl von Schulen mit entsprechender Begleitung und Unterstützung einbezogen. Alles bisher in der Bildungsinfrastruktur Geleistete werde mit dem Ziel, den Bildungserfolg von der Herkunft zu entkoppeln, weiter intensiviert. Sie erachtet das nicht als Gegensatz, sondern es stelle ein gutes Miteinander dar. Die Alternative, kein Bund-Länder-Programm mit jährlich zusätzlichen 49,4 Millionen Euro zu haben, wolle man nicht. Darüber hinaus eventuell zur Verfügung stehende Mittel werde man sinnvoll einsetzen.

Kenntnis bestehe über die Arbeit der multiprofessionellen Teams, der Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie anderer Professionen, die in den Schulen agierten. Eine Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen erfolge bereits in diesem Kontext; denn das unterstütze die mit dem Programm adressierten Familien, nämlich von Armut bedrohte. Jedes Kind, das Unterstützung benötige, wolle man mitnehmen und nicht aufgrund von verpassten Unterstützungsmöglichkeiten verlieren. Jedoch liege das Augenmerk des Programms nicht auf diesem Faktor, sondern darauf, dass alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gut lernen könnten. Alle dazu vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten solle man nutzen.

Diese Maßnahme trage zu einer Verbesserung der Schulkultur und der Bildungsinfrastruktur bei, denn Schulen würden durch multiprofessionelle Teams entlastet.

Über die dritte Säule bestünden andere Möglichkeiten, multiprofessionelle Teams in Schulen in herausfordernder Lage zu implementieren.

Zu Punkt 1 a):

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung Kenntnis.

Zu den Punkten 1 b) bis d):

Die Anträge sind erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Zweite Runde der Initiative "Schule der Zukunft"

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/5207](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, Veränderungen in der Bildung gehörten zu der Initiative „Schule der Zukunft“. Ministerin Dr. Stefanie Hubig habe die neuen 53 Schulen der zweiten Runde dieser Initiative begrüßt. Am 1. Februar hätten sich beide Kohorten der „Schulen der Zukunft“, insgesamt 57, in Ingelheim getroffen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Ministerin Dr. Stefanie Hubig hätten das zweite Forum Zukunft der Initiative „Schule der Zukunft“ durchgeführt, sich über die Arbeit der „Schule der Zukunft“ informiert, und die Schulen hätten sich untereinander vernetzt. Zu den Schwerpunktthemen der „Schule der Zukunft“ gehöre die Vernetzung der Schulen, der fachliche Austausch über Vorhaben und die eigene Weiterentwicklung.

In der zweiten Runde der „Schule der Zukunft“ seien bei den 53 Schulen alle Schularten vertreten und verteilen sich über das ganze Land. Beim zweiten Forum habe es zwei Fachvorträge gegeben, an denen sich die „Schulen der Zukunft“ mit Blick auf die zukünftige Schulentwicklung beteiligt hätten. Professor Dr. Klaus Zierer von der Universität Augsburg, bekannt durch Veröffentlichungen, habe über evidenzbasierte Bildungsforschung referiert und verdeutlicht, dass der unterrichtliche Einsatz von digitalen Medien unter pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen müsse. Zu den Schwerpunktthemen vieler „Schulen der Zukunft“ gehöre die Digitalisierung der Schulen und das Voranbringen des digitalen Lernens.

Die Didaktikerin und Schulpädagogin Professorin Dr. Sylvia-Iris Beutel von der TU Dortmund habe beim Forum der Zukunft die Lernqualität und Leistungsbeurteilung vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Prüfungs- und Lernkultur beleuchtet; denn zu den weiteren Schwerpunkten der „Schule der Zukunft“ gehörten die Fragen, wie man sich mit veränderten Arbeits- und Lernstrukturen weiter entwickeln könne und sich die Prüfungskultur weiterentwickeln müsse, um die Leistungen der Schülerinnen und Schüler weiter zu fördern.

Wichtig seien die Begleitung und Unterstützung der Netzwerke der „Schule der Zukunft“, damit die Ideen der Schulen als Best Practice-Beispiele sichtbar würden und für andere Schulen Wirkung entfalten könnten. Das weitere Entwickeln neuer Lehr- und Lernformen müsse sichtbar gemacht werden.

Die Unterstützung der „Schule der Zukunft“ erfolge unter anderem mit Planungstischen. An diesen kämen die Schulen, das Ministerium, die ADD als Schulaufsicht, das Pädagogischen Landesinstitut zusammen und unterstützten die Schulen bei individuellen Entwicklungsvorhaben. Entwicklungswerkstätten zur Zusammenarbeit stünden zur Verfügung, unter anderem mit den Themen Unterrichtsentwicklung, Schule im Sozialraum, Demokratie und Partizipation, Beteiligungsmöglichkeiten, Professionalisierung der Schulentwicklung und Prozessmanagement.

Das zur Verfügung stehende Zukunftsboard, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft in Rheinland-Pfalz aus unterschiedlichen Hochschulen sowie aus Industrie und Wirtschaft zusammensetzt, nehme aus Sicht der Teilnehmenden eine Beratung der Schulen dahingehend vor, wie man eine Weiterentwicklung anstoßen könne.

In Zukunftswerkstätten könnten in Präsenzveranstaltungen verschiedene bildungspolitische Themen bearbeitet werden. In Hospitationsschulen bestehe die Möglichkeit, Einblick in die dortige Arbeit zu nehmen. Am 8. Mai werde die Brüder-Grimm-Schule in Ingelheim die Türen öffnen, um über die dortige Arbeit zu informieren. Atelierarbeit spiele dort eine große Rolle. Am 24. Juni könne man in der Pflimmatal-Realschule plus einen Einblick zum Thema Schwerpunkt Schulbau und Clusterbauweise bekommen.

Das Team im Ministerium veranstaltete Lernreisen zu anderen Schulen außerhalb von Rheinland-Pfalz, um die Möglichkeit der Information zu bieten. Im vergangenen Jahr habe dabei die Alemannenschule in Wutöschingen großes Interesse geweckt. Weitere Schulen böten die Möglichkeit, sich Impulse zu holen. In dieser Woche habe es einen Besuch bei der IGS Frankfurt-Süd gegeben. In einer Stadtteilschule in Hamburg oder in der Schulpreisschule des Deutschen Schulpreises in Erlangen bestünden Möglichkeiten der Hospitation. In unterschiedlichen Schulformaten bestehe für Lehrkräfte und Schulleitungen die Möglichkeit, sich zu informieren.

Das Format Town Hall werde fortgesetzt. Geplant seien solche Veranstaltungen beispielsweise zu den Themen Demokratie und Partizipation, MINT und Bildungsgerechtigkeit.

Bei den neuen „Schulen der Zukunft“ gebe es andere Schwerpunktbildungen. Fünf Realschulen plus aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz, Landkreis Altenkirchen, hätten sich zusammengeschlossen, um Vorhaben zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit herausforderndem Verhalten weiterzuentwickeln, Förder- und Präventionssysteme aufzubauen und diese mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegen.

Verschiedene Schulen aus unterschiedlichen Schularten arbeiteten zusammen, um die Ziele der Initiative, neue Lehr- und Lernkulturen, Demokratie, Partizipation, digitale Bildung und viele mehr herauszuarbeiten.

Familiengrundschulzentren habe man in Wittlich und Koblenz initiiert. Im Ahrtal, in Sinzig, gebe es „Bildungslandschaften im Viertel“, in denen Kitas und alle Schularten in einer Stadt zusammenarbeiteten, individuelle Förderung, Inklusion und Partizipation praktizierten.

Weiterhin seien die Programme Schulgesundheitsfachkräfte, S⁴ und „First Class“, das ausgeweitet werden solle, zu nennen. Mit diesen Maßnahmen wolle man das System Schule weiterentwickeln, um nachfolgenden Generationen von Schülerinnen und Schülern gut vorbereitet in das Transformationszeitalter starten zu lassen, um ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben nach der Schulzeit gestalten zu können.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Leistung macht Schule

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/5220](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretärin Bettina Brück führt aus, die Kultusministerkonferenz habe im November 2016 zusammen mit dem Bund beschlossen, leistungsfähige und potenziell leistungsfähige Schülerinnen und Schüler besonders in den Blick zu nehmen. Bundesweit seien 300 Schulen für die Initiative „Leistung macht Schule“ von Bund und Ländern ausgewählt worden. In diesem Programm habe man mit diesen 300 Schulen begonnen. Von Anfang an stehe bei dem Bund-Länder-Programm die Frage der Förderung von Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt stelle das Entdecken von Begabungen dar.

Für die teilnehmenden Schulen bestehe die Möglichkeit der Teilnahme an 22 Teilprojekten mit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelten Instrumenten zur Förderung der Kinder im Regelunterricht.

An der Universität Trier habe eine Professorin einen Koffer mit praxisbezogenen und erprobten Materialien zur Diagnose und zur Förderung von besonderen Fähigkeiten von Kindern in Mathematik und Sachunterricht entwickelt. Dieser Koffer werde bei den hochbegabten Gymnasien im Land bei den Diagnosen und Testungen der Bewerberinnen und Bewerber für diesen Schulzweig genutzt.

Die positiven Ergebnisse der ersten Phase von „Leistung macht Schule“ (LeMaS) habe dazu geführt, dass allen teilnehmenden Schulen eine sogenannte Toolbox mit vielen praktischen Tipps zur Verfügung stehe. Diese Box könne zur Begabtenförderung eingesetzt werden und solle den Schulen der Zukunft zur Verfügung stehen, um individuell in alle Richtungen fördern zu können.

Das Projekt „Leistung macht Schule“ gehöre zu den zentralen Projekten der Schulentwicklung. Neben der Förderung der Begabten und der Talentfindung solle es zur Lernmotivation und zu einer lernförderlichen Kultur beitragen, die in den Schulen etabliert werden solle. Alle Schularten seien eingebunden.

Begonnen habe man mit 17 Schulen, die fünf Jahre unter wissenschaftlicher Begleitung gearbeitet hätten. In diesem Schuljahr kämen 36 neue Schulen in der zweiten Phase hinzu. Aus den Erkenntnissen der ersten Phase habe man die Gründung von vier neuen Entdeckertag-Grundschulen auf den Weg gebracht, in denen in der Grundschule Kinder mit besonderer Begabung intensiv gefördert würden. Alles zusammen betrachtet könne man sehen, wie die Schulentwicklung im Bereich der Hochbegabten- und Begabtenförderung ausgestattet sei.

Aus einer Befragung über den Verlauf der ersten Phase gehe hervor, 80 % der Befragten bewerteten die Initiative positiv mit Blick auf die Möglichkeit, Talente zu entdecken, zu fördern und die Möglichkeit

der Strukturentwicklung, um den Fokus in der Schulstruktur und im Unterricht auf dieses Thema auszurichten.

Die 36 neuen und die 17 bereits beteiligten Schulen seien zu einem Team zusammengebunden worden, die sich mit Begleitung durch den Forschungsverbund vernetzten und gegenseitig voneinander profitierten.

In Rheinland-Pfalz habe im Frühjahr letzten Jahres das Begabungsbüro seine Arbeit aufgenommen. In diesem agierten eine Lehrkraft und eine Schulpsychologin nachhaltig an den Themen Leistungs- und Begabungsförderung in allen Schularten, koordinierten die von den Schulen als gut und praktikabel herausgearbeiteten Maßnahmen und nähmen eine Vernetzung und Beratung der Schulen für weitere Möglichkeiten vor.

Dieses gute Bund-Länder-Programm werde wissenschaftlich begleitet, evaluiert und weiterentwickelt.

Staatssekretärin Bettina Brück sagt auf Bitte des **Abg. Thomas Barth** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Abg. Thomas Barth bezieht sich auf die Aussage bezüglich der ersten Runde im Jahr 2016, an der 17 Schulen teilgenommen hätten. 36 Schulen beteiligten sich in der zweiten Runde. Im Fokus stehe die Diagnose einer Hochbegabung und deren Förderung. Interesse bestehe an der konkreten Ausgestaltung der Hochbegabtenförderung an den Schulen vor Ort und an einer Auflistung der Schulen.

Wichtig erachte er die Begleitung durch die Wissenschaft. Interesse bestehe an der Laufzeit des Programms und einer möglichen Verstetigung.

Abg. Sven Teuber bemerkt, ähnlich wie beim Startchancen-Programm nähmen an diesem Programm bundesweit viele Schulen teil. Interesse bestehe an den Kriterien der Auswahl der teilnehmenden Schulen. Da die Schulträger Schulentwicklungspläne erarbeiteten, könne man die Teilnahme als ein mögliches Ziel definieren.

Die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sei auf zehn Jahre ausgelegt, sodass die Fragen anstünden, ob es sich bei der jetzigen Phase um die letzte handele, ob keine weiteren Schulen mehr aufgenommen werden könnten oder ob eine weitere Bewerbungsphase folge.

Staatssekretärin Bettina Brück sagt auf Bitte des **Abg. Thomas Barth** zu, eine Liste der teilnehmenden Schulen zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretärin Bettina Brück informiert, die Schulen seien aufgefordert worden, sich für eine Teilnahme an dem Programm zu bewerben. Beispielhaft nenne sie die kooperative Gesamtschule in Kirchberg. In der ersten Runde habe sich zunächst das Gymnasium beworben. Die zweite Schule, die Realschule plus, habe sich etwas später gemeldet und sei mit aufgenommen worden.

Die Programmlaufzeit gehe bis 2027. Über eine mögliche Verlängerung müsse zu gegebener Zeit mit dem Bund verhandelt werden. Ein Forschungsverbund begleite diese Initiative. Dabei gebe es eine direkte Zusammenarbeit der Schulen mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Professorin Dr. Franzis Preckel habe den Koffer mit den Diagnose- und Fördermaterialien erarbeitet. Aus diesem sei eine Toolbox entwickelt worden, die allen Schulen mit Unterrichtsmaterialien und Förderinstrumenten zur Verfügung stehe. Wichtig sei es, Lehrkräfte zu schulen und Fortbildungen anzubieten, wie unentdeckte Talente gefunden werden könnten.

Das Ministerium habe zusammen mit dem Pädagogischen Landesinstitut und der Karg-Stiftung spezielle Fortbildungen initiiert, die die Begabtenförderung fokussierten. Die Stiftung habe die Lehrkräfte geschult, Diagnosefähigkeiten zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit der Universität Salzburg habe man vertiefende Fortbildungen und Diagnosefähigkeiten implementiert.

Die 22 unterschiedlichen Handlungsfelder könnten aufgelistet werden, in denen die Schulen unterschiedlich mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenarbeiteten, je nach Schwerpunktsetzung der Schulen.

Im Fokus stehe die Entwicklung von Unterrichtskonzepten, um während des Unterrichts die individuelle Förderung den Kindern und Jugendlichen zukommen zu lassen. Teilweise handele es sich bei den Kindern um sogenannte Teilbegabungen, also Begabungen in einem bestimmten Bereich. Darüber hinaus spiele die Schulart eine Rolle. Von der Grundschule bis zur BBS seien alle Schularten vertreten.

Abg. Thomas Barth fragt, ob die Materialien in dem Koffer schulartspezifisch ausdifferenziert seien.

Staatssekretärin Bettina Brück stellt klar, der Koffer gehöre in den Bereich Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule mit Blick auf die Diagnose der Hochbegabung. Im Fokus stünden der Mathematik- und der Sachunterricht. Andere Schularten könnten diesen Koffer nutzen. Eine spezielle Ausgestaltung enthalte dieser nicht.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bilanz der Kita-Fachkräftekampagne

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/5284](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretärin Bettina Brück legt dar, am 6. Februar 2023 habe man die Fachkräftekampagne „Werde Erzieherin oder Erzieher“ mit dem Ziel gestartet, die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Jugendhilfe als Arbeitgeber bei der Werbung für das Berufsbild zu unterstützen und die wichtige gesellschaftliche Bedeutung des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers zu verdeutlichen, um mit Blick auf den bundesweiten Fachkräftemangel neue Fachkräfte zu gewinnen.

Die Fachkräftekampagne stelle nur einen Baustein von vielen Maßnahmen dar, die das Bildungsministerium zusammen mit den Kommunen und den Trägern von Kindertageseinrichtungen auf den Weg gebracht hätten. Zur Fachkräftegewinnung und -sicherung gehörten darüber hinaus die Fachkräftevereinbarung oder das Aktionsforum, in dem sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, der Träger, der Einrichtungen und der Kommunen vergewisserten, was jeder in seinem Bereich beitragen könne, um Fachkräfte zu gewinnen und gute Arbeitsbedingungen zu generieren. Weiterhin müsse man Möglichkeiten prüfen, ausländische Fachkräfte in das System zu integrieren.

Leitungsdeputate, Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Personalschlüssel, Sozialraumbudget oder die Mitfinanzierung von zusätzlichen Vertretungs-, Wirtschafts- und Verwaltungskräften usw. seien neben der Fachkräftekampagne wichtige Säulen, um Personal für diesen Bereich zu gewinnen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen sei in diesem Schuljahr die Zahl der Auszubildenden zur Erzieherin oder zum Erzieher erneut leicht gestiegen. Rund 6.150 Schülerinnen und Schüler verzeichne man in den Fachschulen für Sozialpädagogik. Mittlerweile absolviere mehr als ein Drittel die berufsbegleitende Ausbildung.

Zum 1. März 2023 verzeichne man rund 1.500 mehr Personen im Bereich der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas im Vergleich zum Vorjahr. Wenn man die hauswirtschaftlichen und technischen Mitarbeitenden hinzurechne, erhöhe sich die Zahl auf knapp 1.800. An diese positive Entwicklung wolle man anknüpfen.

Im ersten Jahr der Fachkräftekampagne seien verschiedene Maßnahmen entwickelt, untereinander vernetzt und eine beachtenswerte Reichweite dieser Kampagne erreicht worden. Viele Interessierte habe man beraten oder ermuntern können, ein Praktikum zu machen, sich bei der Fachschule zu informieren oder anzumelden.

Auf der Kita-Homepage stehe der neue Kita-Finder zur Verfügung. Auf dieser Webseite könnten Kitas Kurzpraktiker anbieten. Über die in den meisten Orten bestehenden Kitas bestehe Kenntnis, jedoch

wolle man damit jungen Leuten eine Kontaktaufnahme erleichtern. Innerhalb kürzester Zeit verzeichne man über 500 Kitas auf der Webseite, die Praktika anböten.

Ein aktueller Kino-Werbespot laufe in mehreren rheinland-pfälzischen Städten, indem für das Berufsbild unter dem Motto „Sei der Impuls, der Großes auslöst! Werde Erzieherin oder Erzieher!“ geworben werde. Dieser habe eine Länge von 30 Sekunden. Darüber hinaus gebe es einen kürzeren Werbespot, der Anfang März in weiteren kleineren Kinos im ländlichen Bereich ausgestrahlt werde. Wenn man die durchschnittliche Besucherzahl von Kinos zugrunde lege, erreiche man damit rund 420.000 Personen.

Im September habe es eine Werbekampagne zusammen mit dem Werbepartner FSV 05 unter dem Motto „Gute Bildung schießt im Leben Tore!“ gegeben. Rund 1.000 Erzieherinnen und Erzieher habe man im einem mit Webebannern ausgestatteten, voll besetzten Stadion begrüßen können. In der Halbzeitpause sei die Ministerin interviewt worden. Darüber hinaus könne man von etwa 150.000 Zuschauerinnen und Zuschauern an den Fernsehern ausgehen. Eine ähnliche Kooperation mit dem FCK plane man für dieses Jahr.

Des Weiteren erwähne sie Plakatinitiativen an über 70 Orten und auf mehreren hundert Flächen. Damit erreiche man rund eine Million Menschen und rund 19 Millionen Sichtkontakten. In diesem Jahr kämen neue Motive aus Kitas in Ludwigshafen, Germersheim oder Bad Neuenahr-Ahrweiler hinzu. Bei großen Messen, Ausstellungen, dem Rheinland-Pfalz-Tag, der Rheinland-Pfalz-Open-Air-Veranstaltung oder beim Aktionstag Tagwerk sei man vertreten. In diesem Jahr erfolge die Fortführung dieser Aktivitäten. Geplant sei ein Fachkräftekongress der Hochschule Koblenz und die Teilnahme an weiteren Messen.

Darüber hinaus stehe attraktives Werbematerial zur Verfügung. Präsent sei man bei den Kommunen, den Trägern oder den Fachhochschulen. Häufige Anfragen zu dieser Kampagne seien zu verzeichnen. Präsent sei man auf Social Media. Gebeten werde beispielsweise den Instagram-Account zu liken. Nicht nur für Erzieherinnen oder Erzieher in der Kita, sondern auch für den Bereich der Jugendhilfe werde geworben. Die dazugehörige Webseite verfüge über eine Reichweite von 1,6 Millionen Nutzerinnen und Nutzern auf Facebook und Instagram.

Die Kampagne sei für den renommierten Medienpreis German Brand Award nominiert. Mit dieser Werbekampagne trage man zur Fachkräftegewinnung und –sicherung bei. Gleichzeitig werde damit Rheinland-Pfalz mit seinen guten Kitas, Tages- und Jugendhilfeeinrichtungen positiv wahrgenommen.

Abg. Daniel Köbler begrüßt die guten Aktivitäten, geht auf die genannten 1.500 Mitarbeitenden ein und möchte wissen, ob es sich um geschaffene Stellen oder um Köpfe in den Kitas handele.

Abg. Sven Teuber bedankt sich bei denjenigen, die die Kampagne vorbereitet hätten und weiter daran mitarbeiteten. Die Beteiligung der Träger und anderer bewerte er als Anreiz, weiter daran zu arbeiten.

Abg. Thomas Barth erkennt an, es handele sich um ein richtiges und wichtiges Programm. Jedoch komme dieses zu spät. Wenn durch das Kita-Gesetz einen Mehrbedarf an Personal entstehe, müsse dieses zur Verfügung stehen.

Mit Blick auf die genannten 1.500 Personen sei zu fragen, ob es sich um zusätzliche Kräfte oder um Nachbesetzungen von in den Ruhestand gehenden Erzieherinnen und Erzieher handele.

Erinnert werde an die im Zusammenhang mit dem neunten Kita-Gesetz genannte Zahl von 1.600 neuen Stellen, sodass diese entlastend wirken müssen. Jedoch erhalte er nach wie Informationen, dass vor Ort zum Teil immer noch Personalknappheit bestehe.

Über vereinzelte Maßnahmen könne man diskutieren. Die Plakataktion und die Kinowerbung erachte er als wichtig. Zu fragen sei, ob der Personalbedarf in den nächsten Jahren unter Berücksichtigung der in Ruhestand gehenden Erzieherinnen und Erzieher prognostiziert werden könne.

Staatssekretärin Bettina Brück begrüßt die positive Aufnahme der Kampagne und geht auf die knapp 1.500 mehr Personen zum 1. März 2023 im Vergleich zum Vorjahr ein, bei denen es sich um zusätzliche Personen handele. Diese stellten knapp 900 Vollzeitäquivalente dar. Ab dem 1. März 2024 erfolge die Zusammenstellung der neuen Zahlen. Die genannte Zahl belege einen Aufwärtstrend. Die Anzahl der Fachschülerinnen und -schüler entwickle sich entsprechend. In der laufenden Anmeldephase für das kommende Schuljahr an den Fachschulen zeige sich eine positive Entwicklung beispielsweise mit Blick auf die zusätzlich geplanten Klassen für Sozialassistenten. Eine Größenordnung könne aufgrund der noch laufenden Bewerbungsphase derzeit nicht, aber voraussichtlich im Sommer genannt werden.

Bei weiteren Veranstaltungen, zum Beispiel vocatium in Trier, werde man in diesem Jahr vertreten sein. Weiterhin gebe es Messestände auf Veranstaltungen, zum Beispiel in Mayen, Zweibrücken, auf der BIM – Berufsinformationsmesse Mainz, am Karrieretag in Koblenz und bei der katapult in Speyer.

Bei Anfragen von Trägern mit Blick auf die Durchführung einer Messe biete man Materialien zur Unterstützung an. Über eigene Aktivitäten erfolge die gezielte Streuung von Materialien an die Träger.

Vom Deutschen Jugendinstitut gebe es Hochrechnungen, wie viele Erzieherinnen und Erzieher in den Ruhestand gingen, die dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könnten.

Abg. Thomas Barth ergänzt, zu der Thematik gehöre die Entwicklung der Zahl der Kinder bzw. der Bedarf an Erzieherinnen und Erzieher.

Staatssekretärin Bettina Brück stellt klar, diese Thematik habe sie gemeint.

Auf die Frage des **Abg. Thomas Barth**, ob es sich bei den zum 1. März 2023 genannten zusätzlichen 1.500 Köpfen um zusätzliche zu den nachbesetzten Stellen bei Eintritt in die Rente handele, bestätigte dies **Staatssekretärin Bettina Brück**.

Abg. Thomas Barth ergänzt, der Erfolg des Programms zeige sich erst in den kommenden Jahren, da nur die Zahlen aus dem Zeitraum bis zum 1. März 2023 vorlägen.

Staatssekretärin Bettina Brück merkt an, durch die Pandemie hätten sich verschiedene Maßnahmen verzögert. Die Beratungen über die Fachkräftekampagne habe man bereits in der letzten Wahlperiode begonnen und im Haushalt verankert.

In der neuen Statistik zum 1. März 2024 könne man die Weiterentwicklung ablesen. Prognosen dazu stelle man gerne zur Verfügung.

Die bei den Fachschulen und höheren Fachschulen, die Sozialassistenten betreffend, festgestellten steigenden Zahlen stellten einen Beleg für das richtige Vorgehen dar, das Berufsbild in den Fokus zu rücken und die Bedeutung darzustellen. Eine positive Resonanz zu dieser Kampagne könne man feststellen. Beispielhaft nenne sie den Kita-Finder, bei dem innerhalb kurzer Zeit 500 Kitas ihre Praktika eingestellt hätten. Dieser werde aktiv von jungen Menschen genutzt.

Abg. Sven Teuber sagt, die Bertelsmann-Stiftung habe zusammen mit Professor Dr. Klemm dargestellt, die Geburtenzahlen entwickelten sich rückläufig. Auswirkungen gebe es sowohl auf den Kita- als auch den Grundschulbereich. Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026/2027 steige der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern. 900 Vollzeitäquivalente könnten den Bedarf nicht komplett decken. Das gehe aus Studien hervor, die besagten, dass bundesweit 400.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Klar sei, eine Werbekampagne allein reiche nicht aus, um den gesamten Bedarf zu decken.

Interesse bestehe am Anteil der dualen Ausbildung in diesem Bereich.

Abg. Helge Schwab weist darauf hin, ein ihm zugegangenes Plakat über eine Bildungsmesse in Kusel mit über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Firmen gebe er an das Ministerium weiter, sodass die Möglichkeit bestehe, sich mit dem Veranstalter in Verbindung zu setzen.

Staatssekretärin Bettina Brück nimmt den Hinweis auf und fügt hinzu, am Samstag habe sie an einer Veranstaltung in einer kleinen Schule mit rund 30 Ausstellenden teilgenommen.

Der Anteil der berufsbegleitenden Ausbildung betrage etwas mehr als ein Drittel mit steigender Tendenz. Die Verzahnung von Theorie und Praxis sowie die Vergütung spielten eine große Rolle bei den Personen, die diese Ausbildung anstrebten.

Nicht nur Interessenten aus anderen Berufsbereichen, sondern auch Schülerinnen und Schüler aus der Sozialassistenten nutzten die berufsbegleitende Ausbildung. Vermutet werde, dass sich dies zukünftig zur priorisierten Ausbildungsform entwickle.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

BNE: Arbeitsmaterialien für Kitas

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/5303](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Joachim Paul verweist auf die Diskussion über diese Thematik in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses und auf ein Pixi-Buch, in dem nach Auffassung seiner Fraktion einige Erklärungen für Kinder enthalten seien, die eher ideologisch anmuteten als Beschreibungen der Wirklichkeit darstellten.

Aufgrund der damit einhergehenden Besorgnis habe man sich gefragt, ob die Möglichkeit des Einblicks in die Bildungs- und Lehrmaterialien bestehe. Vorausschickend sei gesagt worden, je praxisnäher das Material gestaltet werde, desto besser erachte man es. Einige Lernorte bewerte man positiv, die man teilweise in Augenschein genommen habe, zum Beispiel Forstämter. Der deutsche Wald stelle ein Kulturgut, einen Kulturbegriff dar. Viele Menschen bewerteten dies entsprechend. Kein anderes Volk habe so viele Volkslieder, indem der Wald eine zentrale Rolle spiele. Dieses hervorragende Kulturerbe wolle man bewahren.

Roland Horne (Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz) bringt vor, spätestens seit Anfang der 2000er Jahre sei Umweltkommunikation zur Nachhaltigkeitskommunikation geworden. Der Erhalt und der Schutz der Lebensgrundlage einerseits sowie Leben, Wirtschaften und Arbeiten andererseits könnten nur noch in einer Gesamtschau thematisiert werden.

Nach dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 habe die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Jahre 2005 bis 2014 zur UN-Dekade der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung erklärt. Zentraler Schwerpunkt der Arbeit der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (LZU) sei seitdem, die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, BNE auszurichten.

Tragendes Prinzip der operativen Arbeit der LZU sei es, in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Kooperationspartnerinnen und -partnern im Land im Dialog vernetzend, fördernd und dem zentralen Instrument der BNE folgend, Nachhaltigkeit langfristig und systematisch in der Gesellschaft zu verankern.

Deshalb habe man im Jahr 2006 alle Kitas in Rheinland-Pfalz angeschrieben und gefragt, wer Bereitschaft zeige, alltags- bzw. praxistaugliche, also kindgerechte BNE-Materialien und -Angebote zu erproben, mitzuentwickeln und mitzugestalten. Etwa 200 Kitas, mehr als erwartet, hätten Bereitschaft gezeigt, aktiv mitzuarbeiten. Diese Kitas habe man mit einer Materialsammlung ausgestattet, die vom LBV, Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern, NABU in Bayern, in seiner eigenen Kita von Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen einer Förderung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt erarbeitet worden sei, und zwar „leben gestalten lernen“ vor dem Hintergrund der Gestaltungskompetenz der BNE. Den aktuellen Ordner habe er mitgebracht.

Damit habe man erprobte Aktionen und Projekte vorgelegt bekomme, mit denen sich kindliche Kompetenzen mit Inhalten und Methoden der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung fördern ließen. Das Augenmerk liege auf den sozialen Kompetenzen, positive Identifikation mit sich selbst, kommunikative Kompetenz, Gestaltungs- und Bewegungskompetenz, emotionale Kompetenz und dem achtsamen Umgang mit sich und anderen. All dies seien wichtige Kompetenzen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen zu sein. Sie bildeten das Fundament eines nachhaltigen Lebensstils.

Bei keiner anderen Aktion habe man so viel Resonanz in einem gesellschaftspolitischen Feld erhalten, fast ausschließlich Erzieherinnen und einigen Erziehern. Die Gründe habe man bei den verschiedenen Begegnungen mit Erzieherinnen und einigen Erziehern thematisiert. Diese Menschen hätten mit jungen Menschen zu tun, die noch im Jahr 2060, 2070 oder 2080 lebten. Die Frage der Nachhaltigkeit, mit denen man sich vor dem Hintergrund planetarer Grenzen beschäftige, werde von den Kindern präzise thematisiert.

Im Jahr 2009 habe man alle Kitas im Land zu einem Landeskongress mit mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingeladen, um die Erfahrungen und Ergebnisse zusammenzutragen und zu bewerten. Ausnahmslos habe es positive Rückmeldungen gegeben.

Die Erzieherinnen hätten um weitere Unterstützung gebeten, insbesondere durch Fort- und Weiterbildungsformate auf der Basis bewährter Materialien. Auf dieser Basis habe man die Ausstattung sämtlicher mehr als 2.000 Kitas in Rheinland-Pfalz mit diesen BNE-Materialien vorgenommen. Dieses Material verursache Kosten von ca. 40 Euro bei Bestellung in größere Stückzahl. Es handele sich um eine anerkannte und erprobte Materialzusammenstellung. Aus dem vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Nachhaltigkeitstitel habe man diese rund 80.000 Euro finanzieren können. Gemessen an dem Anliegen, flächendeckend alle Kitas und alle Erzieherinnen im Land damit zu erreichen, stelle das keine große Summe dar.

Auf der Basis der ausnahmslos positiven Rückmeldungen sei die Ausstattung der 2.000 Kitas erfolgt. In den vergangenen 15 Jahren habe man immer wieder Aktualisierungen und Ergänzungen vorgenommen.

Vor 20 Jahren habe man begonnen, BNE im Elementarbereich landesweit zu verankern. Dabei sei es von Anfang an ganz wichtig gewesen, dass es für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher ein lebendiges, praxisnahes, praxisorientiertes, alltagstaugliches und bereicherndes Angebot darstelle. Auf keinen Fall habe es eine zusätzlich aufgebürdete Aufgabe darstellen sollen.

Kenntnis bestehe, dass es sich um einen realistischen Ansatz handele. Kindliche Kompetenzen ließen sich anbahnen im Erleben von Boden, Wasser, Luft, Pflanzen, Tieren und deren Lebensräume mit Licht und Schatten, Blättern und Blumen, Steinen und Regenwürmern, Ameisen und Pustebäumen, Eis, Feuer und Wind, Federn und Holz, Brennnesselsuppe und Löwenzahn, Becherlupe und Insektenaugern, dem Herstellen eigener Farbe aus Naturmaterialien.

Die BNE im Elementarbereich sei mittlerweile verankert in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen des Landes. Es handele sich nicht um einen neuen selektiven Fachbereich in der Elementarpädagogik, sondern diese stärke den ganzheitlichen Bildungsanspruch der rheinland-pfälzischen Bildungs- und Erziehungsempfehlungen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich sei unabdingbare Bestandteil der Nachhaltigkeits- und Bildungsstrategie des Landes. Dies werde genauso positiv wie die große Nachfrage nach diesem Angebot und nach anderen Materialien für die Erzieherinnen und Erzieher wahrgenommen. Nachfolgeeffekte gebe es in anderen Bundesländern.

Abg. Joachim Paul konkretisiert, die mithilfe des NABU in Bayern erstellte Materialsammlung sei von Rheinland-Pfalz übernommen worden.

Abg. Sven Teuber bedankt sich für die in diesem Bereich geleistete Arbeit und sieht das Thema als bedeutend an, das werde insbesondere von Abgeordneten Marco Weber im Umweltausschuss immer wieder thematisiert. Nicht nur die Diskussion über die Wichtigkeit von Landwirtschaft und Nachhaltigkeit seien wichtig, vielmehr müsse man dies den Menschen in allen Bereichen des Landes näherbringen. Kinder profitierten von diesem Programm. Mit dem bestehenden Netzwerk müsse man diese Arbeit fortsetzen. Länderübergreifende Kooperationen seien sinnvoll und brächten Synergieeffekte mit sich.

Roland Horne antwortet, der LBV-Kindergarten habe dieses Material über mehrere Jahre erarbeitet. Dafür seien Mittel von der Deutschen Stiftung Umwelt zur Verfügung gestellt worden. Natürlich nutze man bestehende gute Projekte und müsse nicht kostenaufwändig Vergleichbares neu entwickeln.

Mit Klaus Hübner, damals Leiter beim LBV in diesem Fachbereich, habe man sich darauf verständigt, auf dieser Basis eine Multiplikation vorzunehmen sowie in Rheinland-Pfalz eigene Entwicklungen unter Nutzung der Piktogramme, die sich an der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und den 17 SDGs orientierten, voranzutreiben und Ergänzungen zu entwickeln. Ersatz- und Ergänzungslieferungen an die Kitas seien erfolgt, zum Beispiel zum Thema Pflanzenfarben.

Wenn man ein Kind in Rheinland-Pfalz, dass das erarbeitet habe, frage, aus welchen Pflanzen man Farben herstellen könne, dann gebe es viele Antworten. Über Pflanzenfarben bestehe die Möglichkeit, vieles zu thematisieren. Im Vordergrund stehe dabei nicht die Herstellung von Farbe aus Pflanzen, sondern der pädagogische Ansatz, vom Handeln zum Wissen zu kommen. Der Ansatz vom Wissen zum Handeln zu kommen, sei im Prinzip in diesem Kontext gescheitert. Vom Handeln zum Wissen zu kommen bedeute, mit einer lebendigen, pragmatischen, aus der Lebenserfahrung gewonnenen praktischen Einsicht etwas zu thematisieren. Das könne zu der Frage führen, aus welchen Stoffen die anderen Farben hergestellt würden, die man sonst nutze. Mit diesem Ansatz komme man mit Kindern ins Gespräch darüber, aus welchen Stoffen die auf Kohlenstoff- und Chemiebasis produzierten Farben bestünden, welche Bestandteile diese enthielten und welche Alternativen es gebe.

Diesen Ansatz verfolge man in vielen Bereichen, beispielsweise beim Bau einer kleinen Kläranlage aus Naturmaterialien oder eines kleinen Backofens aus Spiegeln, in dem man mit der Sonne backen könne. Mit kleinen Aktivitäten bestehe die Möglichkeit, einiges zu bewegen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Digitale Formate in der Berufs- und Studienorientierung

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FREIEN WÄHLER

– [Vorlage 18/5347](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Helge Schwab führt aus, digitale Formate und Medien könnten in Ergänzung zu Präsenzangeboten einen wichtigen Beitrag zur Berufs- und Studienorientierung leisten. Vor allem in der Coronapandemie seien verschiedene digitale Angebote für die berufliche Orientierung entwickelt und im Rahmen des Fernunterrichts eingesetzt worden.

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, Berufsorientierung sei eines der wichtigsten Querschnittsthemen in allen Fächern, Jahrgangsstufen und Schularten, um junge Menschen auf die Ausbildung und das Berufsleben vorzubereiten. Die Schulen engagierten sich zeitgemäß in der Berufsorientierung. Angebote stünden sowohl analog als auch digital zur Verfügung. Die Erziehungsberechtigten würden als wichtiger Berater und Multiplikatoren mit einbezogen.

Seit drei Jahren habe das Angebot an digitalen Instrumenten stetig zugenommen. Seit 2016 gebe es die prämierte landeseigene App „Zukunft läuft“ an den Schulen, in der die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern einen ersten Interessencheck durchführen und anschließend eine persönliche Berufswahl- und Studienliste erstellen könnten. Mittlerweile stehe der sogenannte „Berufenavi“ vom Bundesinstitut für Berufsbildung, eine ähnliche Orientierungs-App, zur Verfügung.

Weitere landeseigene Bausteine, die digital genutzt werden könnten und im Fernunterricht zum Einsatz kämen, seien die Potenzialanalyse „Profil AC“ mit Handbuch-Modul „Berufliche Orientierung wirksam begleiten“ für die gymnasiale Oberstufe und die Fachoberschule.

Durch die Einführung des Digitalen Berufsorientierungs-Portfolios DiBOP im vergangenen Jahr im Schulcampus sei kontinuierliches digitales Arbeiten zum Thema berufliche Orientierung ermöglicht worden. Neben der Dokumentation der eigenen Berufswahlschritte gebe es Arbeitsaufträge, Links zu Partnerangeboten, wichtige Informationen mit Filmen und interaktiven Erfahrungsangeboten. Die Schulen könnten dieses Portfolio je nach Bedarf und angepasst an das Alter der Schülerinnen und Schüler einsetzen und fortentwickeln. Das Angebot stehe kostenfrei zur Verfügung.

Damit die Lernstände und Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler von Lehrkräften adäquat erfasst werden könnten, werde seit 2018 an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen das computerbasierte Analysetool 2P „Potenzial und Perspektive“ zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot werde mittlerweile für die Primarstufe im Rahmen der länderübergreifenden Vorhaben entwickelt. Damit stehe eine weitere Analysemöglichkeit digital zur Verfügung, in dem nicht nur Analyse- und Diagnosetools, sondern auch Arbeitsmaterialien digital zur Verfügung stünden.

Die Lernstände könnten in den Hauptfächern Mathematik, Deutsch, Englisch und Deutsch als Zweitsprache, Kompetenzen im Kontext der beruflichen Orientierung und überfachliche Kompetenzen, soziale Kompetenzen, Zuhören, Verstehen vernetztes Denken, ermittelt werden.

Die Servicestelle berufliche Orientierung beim Pädagogischen Landesinstitut berate die Schulen und stelle eine Sammlung digitaler Instrumente zur Verfügung mit der Beratung über den besten und effektivsten Einsatz dieser.

Die Schulen nutzten die Beratung und die Informationen, um ihre mehrjährigen eigenen Kompetenzen zur beruflichen Orientierung systematisch sowohl mit analogen als auch mit digitalen Angeboten ausdifferenzieren. Die Maßnahmen würden vom Beraterteam für die berufliche Orientierung, Koordinatorinnen und Koordinatoren an den Schulen, den Beratungsfachkräften der Agentur für Arbeit, den Schulen, Elternbeiräten oder den Gesamtkonferenzen zur Verfügung gestellt. Die Partner vom Ovalen Tisch für Fachkräftesicherung der Ministerpräsidentin arbeiteten mit ihren Angeboten digital und analog mit den Schulen und dem Beraterteam beim Pädagogischen Landesinstitut zusammen.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Pandemie bestehe die Kenntnis, wie wichtig persönliche Begegnungen und Gespräche seien. Trotzdem nehme die Bedeutung digitaler Instrumente zu. Viele Schulen nutzten über die bestehenden schul- und landeseigene Maßnahmen hinaus die Angebote der Partner vom Ovalen Tisch, zum Beispiel das Erkundungstool „Check U“ der Agentur für Arbeit, die App „Berufenavi“ des Bundesinstitutes für Berufsbildung, die App „Berufe-Checker – entdecke über 130 Ausbildungsberufe im Handwerk.“ von der Handwerkskammer oder die App „Durchstarter – Insider-Wissen von Azubis“ von der IHK.

Besonders beliebt sei die Virtual Reality-Erlebnismöglichkeiten wie die App „Dein erster Tag“, die es ermögliche, über 300 Berufe zu entdecken. Mit einer virtuellen Brille könne man sich einen Beruf viel besser vorstellen. Bei einer Veranstaltung habe sie sich dies anschauen können und dort großes Interesse dafür festgestellt.

Einige Beispiele haben sie genannt. Weitere stünden zur Verfügung. Über das Pädagogische Landesinstitut versuche man, die Schulen über die bestehenden Angebote und Möglichkeiten zu informieren. Die Schulen arbeiteten intensiv und engagiert am Thema berufliche Orientierung, sodass die Schülerinnen und Schüler über verschiedene Kanäle angesprochen würden und sich hoffentlich motiviert mit der beruflichen Zukunft zu beschäftigen. Eltern würden in diesen Prozess eingebunden, um gemeinsam mit ihren Kindern und Jugendlichen den weiteren Weg mit den Partnern in Handel, Dienstleistung, Handwerk und Industrie zu planen, um für alle jungen Menschen das für sie richtige Angebot zu finden und einen guten Übergang von der Schule in das Berufsleben zu unterstützen. Die Mischung aus digitalen und analogen Angeboten motiviere für dieses Thema.

Staatssekretärin Bettina Brück sagt auf Bitte des **Abg. Helge Schwab** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zukommen zu lassen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt überein, die im Terminplan für Donnerstag, 25. April, 10.00 Uhr vorgesehene Sitzung am Freitag, 10. Mai 2024, 10.00 Uhr, per Videokonferenz durchzuführen.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Susanne Müller** die Sitzung.

gez. Angela Belz
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Anklam-Trapp, Kathrin	SPD
Fuhr, Alexander	SPD
Müller, Susanne	SPD
Scholz, Gregory	SPD
Teuber, Sven	SPD
Barth, Thomas	CDU
Groß, Jennifer	CDU
Reuber, Dr. Matthias	CDU
Köbler, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul, Joachim	AfD
Weber, Marco	FDP
Schwab, Helge	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Brück, Bettina	Staatssekretärin im Ministerium für Bildung
Horne, Roland	Leiter der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz

Landtagsverwaltung

Warhaut, Kerstin	Richterin
Belz, Angela	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)